

85.469

Postulat Schmidhalter
Bundesämter. Dezentralisierung
Décentralisation de
l'administration fédérale

Wortlaut des Postulates vom 17. Juni 1985

Aufgrund verschiedener parlamentarischer Vorstösse ist der Bundesrat nach eingehender Prüfung bereit, die Dezentralisierung verschiedener Bundesämter vorzunehmen. Das ist eine lobenswerte Idee, insofern für den neuen Standort Regionen berücksichtigt werden, die Mühe haben, neue Arbeitsplätze zu schaffen oder auf deren Gebiet, wie man so schön sagt, Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden. Zu den letzten gehört auch das Oberwallis.

Durch sogenannte Neuorganisation am Bahnhof Brig, Verlegung des Zollwesens nach Domodossola und Aenderungen an der Festungswacht ging bis heute und geht in den nächsten Jahren eine beachtliche Zahl an Arbeitsplätzen verloren. Das trifft auch für andere Regionen des Wallis zu. Aus diesem Grunde wird der Bundesrat ersucht, die Offerten, die aus dem Raume Oberwallis als Standort für eines oder mehrere der zu verlegenden Bundesämter angeboten werden, wohlwollend zu prüfen:

- als Kompensation für verlorene Arbeitsplätze;
- im Sinne einer gesunden Besiedlung der Rand- und Bergregionen und
- als Entgelt für die übermässige Belastung, die das Oberwallis als Uebungs- und Ausbildungsplatz der Armee zu tragen hat.

Texte du postulat du 17 juin 1985

Se fondant sur diverses interventions parlementaires et après avoir procédé à un examen approfondi de la situation, le Conseil fédéral est prêt à entreprendre une décentralisation de plusieurs offices fédéraux. C'est là une idée louable, dans la mesure où l'on choisit comme lieu de travail des régions qui ont de la peine à créer de nouveaux emplois ou sur le territoire desquelles on a, comme on dit si bien, «rationalisé» les postes de travail. Le Haut-Valais fait partie de ces catégories.

La «réorganisation» de la gare de Brigue, le transfert des bureaux de douane à Domodossola et les modifications apportées au corps des gardes-fortifications ont déjà fait perdre et feront encore perdre ces prochaines années un nombre considérable d'emplois. Cela s'applique aussi à d'autres régions du Valais.

Pour les raisons exposées ci-dessus, le Conseil fédéral est prié d'examiner avec bienveillance les offres en provenance du Haut-Valais, relatives au lieu de travail d'un ou de plusieurs offices fédéraux à transférer, en les considérant sous l'angle

- d'une compensation des emplois perdus,
- d'une occupation rationnelle des régions de montagne et des zones marginales, et
- d'un dédommagement pour la charge excessive que le Haut-Valais supporte en tant que place d'exercice et d'instruction de notre armée.

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Einreichung dieser Postulates erfolgt aus folgenden Gründen: a) Der Bundesrat beschloss am 11. März 1985, die Möglichkeit der Verlegung einiger heute in Bern befindlichen Aemter näher zu prüfen. Es handelt sich um die Aus-siedlung von 617 Arbeitsplätzen.

b) Am 25. Februar 1981 hat der Bundesrat «Weisungen über die Berücksichtigung der Kantone bei der Schaffung oder Verlegung von Arbeitsplätzen des Bundes» herausgegeben. Darin kann nachgelesen werden – ich zitiere, dass «vorrän-

gig jene Regionen berücksichtigt werden, die vom Bund als wirtschaftlich förderungswürdig anerkannt worden sind und zudem in Kantonen liegen, die mit Arbeitsplätzen des Bundes unterdurchschnittlich versehen sind». Der Kanton Wallis gehört unstreitig zu diesen Regionen. Er ist wirtschaftlich förderungswürdig und ist mit Arbeitsplätzen der Bundesverwaltung unterdurchschnittlich versehen.

c) In diesen Weisungen lesen wir weiter: «Müssen in Kantonen, die mit Arbeitsplätzen des Bundes unterdurchschnittlich versehen sind, Dienststellen und Dienstzweige der eidgenössischen Anstalten und Betriebe aufgehoben werden, so prüft der Koordinationsausschuss allfällige Kompensationsmöglichkeiten.» So weit die Weisungen des Bundesrates. Ich kann hier nicht direkt anführen, dass im Oberwallis Betriebe aufgehoben wurden. Es wurden aber, wie man so schön sagt, Arbeitsplätze wegrationalisiert. Im Bahnhof Brig sind beispielsweise von 1982 bis 1985 21 Stellen nicht mehr besetzt worden. Das mag wenig scheinen, fällt aber in einem Kanton, der jährlich für die nachrückende Jugend ins Erwerbsleben 800 neue Arbeitsplätze schaffen muss, stark ins Gewicht. Bei solchen Zahlen muss es oberster Grundsatz bleiben, in erster Linie die bestehenden Arbeitsplätze zu erhalten, aber auch neue zu schaffen.

d) Der Verständigkeit halber sei hier erwähnt, dass uns bei der Umorganisation der Festungswachtkorps und der nun baldigen Realisierung des Rangierbahnhofs Domo II seitens des Bundes immer wieder Kompensationsmöglichkeiten versprochen wurden. Es liegt auf der Hand, dass wir diese Versprechungen von so seriöser Seite als bare Münze ansehen und unser Vertrauen in die Regierung bei einer Nichteinhaltung schwer erschüttert würde.

e) Ergänzend ist anzuführen, dass das Wallis auch in Sachen Bundesaufträge sehr schmal gehalten wird. Als Beweis kann immer noch die Firi-Studie angeführt werden, die belegt, dass der Kanton Wallis dem Bund im Jahre 1978 beispielsweise rund 283 000 Franken mehr abgegeben hat, als er zu erhalten liebte.

f) Ich habe im Postulat als letzten Punkt angeführt, dass eine Verlegung von Dienststellen ins Oberwallis auch als Entgelt für die übermässige Belastung, die das Oberwallis als Uebungs- und Ausbildungsplatz der Armee zu tragen hat, angesehen werden könnte. Schon seit Jahren fordern die Oberwalliser einen volkswirtschaftlichen Ausgleich. Dieses Begehren ist berechtigt, weil volkswirtschaftliche Ausfälle und gesundheitliche Schädigung, letztere durch die übermässigen Lärmquellen, längst nachgewiesen sind. Das sind Gründe, die mich veranlassten, dieses Postulat einzureichen, Gründe, die den Bundesrat bewegen müssten, das Postulat anzunehmen.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates vom 16. September 1986

Déclaration écrite du Conseil fédéral du 16 septembre 1986

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Ueberwiesen – Transmis

86.504

Postulat Tschuppert
Seuchengefahr bei Wanderschafherden
Transhumance et risques d'épizooties

Wortlaut des Postulates vom 18. Juni 1986

Der Bundesrat wird eingeladen, die Tierseuchenverordnung umgehend in dem Sinne zu ändern, dass die Kantone ermächtigt werden, Bewilligungen für Wanderschafherden bereits bei Vorliegen potentieller Seuchengefahr einzu-

Postulat Schmidhalter Bundesämter. Dezentralisierung

Postulat Schmidhalter Décentralisation de l'administration fédérale

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1986
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	85.469
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	09.10.1986 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1484-1484
Page	
Pagina	
Ref. No	20 014 685

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.